

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Felber, René (sp/ps) alt-BR/ex-CF
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 24.04.2024

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Bühlmann, Marc
Clivaz, Romain
Eperon, Lionel
Hirter, Hans
Huguenet, François
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bühlmann, Marc; Clivaz, Romain; Eperon, Lionel; Hirter, Hans; Huguenet, François; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik*; , 1993 – 2020. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Institutionen und Volksrechte	1
Bundesrat	1
Föderativer Aufbau	1
Jurafrage	1
Aussenpolitik	2
Beziehungen zur EU	2
Beziehungen zu internationalen Organisationen	3
Landesverteidigung	3
Militäreinsätze	3
Bildung, Kultur und Medien	4
Kultur, Sprache, Kirchen	4
Kulturpolitik	4
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	4
Parteien	4
Grosse Parteien	4

Abkürzungsverzeichnis

VBS	Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
DEH	Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
UNPROFOR	Schutztruppe der Vereinten Nationen
GICHD	Genfer Internationales Zentrum für Humanitäre Minenräumung
<hr/>	
DDPS	Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports
ONU	Organisation des Nations unies
OLP	Organisation de libération de la Palestine
DFAE	Département fédéral des affaires étrangères
DDA	Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
FORPRONU	Force de protection des Nations unies
CIDH	Centre international de déminage humanitaire

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Institutionen und Volksrechte

Bundesrat

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 18.10.2020
MARC BÜHLMANN

Am 18. Oktober 2020 musste der **Tod von René Felber** beklagt werden. Der SP-Alt-Bundesrat aus dem Kanton Neuenburg verstarb im Alter von 87 Jahren. Felber wurde 1988 in den Bundesrat gewählt, wo er bis 1993 dem EDA vorstand. In der Medienmitteilung wies die Regierung darauf hin, dass Felber die Aussenpolitik der Schweiz in einer bewegten Zeit geführt habe. Der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch der Sowjetunion, das Ende der südafrikanischen Apartheid und die Kriege im Golf und auf dem Balkan hätten Felbers Regierungszeit mitgeprägt. Felber sei überzeugter Europäer gewesen, weshalb für ihn das EWR-Nein 1992 besonders schwierig gewesen sei.

In der Weltwoche würdigte Urs Allematt Felber als «frei von intellektuellen Allüren», als pragmatischen und unspektakulären Sozialdemokraten, für den das Funktionieren der Kollektivregierung wichtiger gewesen sei als Rhetorik. Auch Allematt erwähnte den «dimanche noir», das Nein zum EWR sei «wohl die grösste Niederlage in seinem politischen Leben» gewesen. Der Tages-Anzeiger beschrieb den Sozialdemokraten als Einzelgänger, wenig zugänglich und oft mürrisch, was ihn nicht zu einem Medienliebling gemacht habe. Er habe sich allerdings als Exekutivpolitiker wohler gefühlt als als Parlamentarier. Erste Exekutiverfahrungen sammelte Felber während 16 Jahren als Stadtpräsident von Le Locle (1964–1980). Von 1967 bis 1981 sass Felber zudem im Nationalrat. Nachdem er in den Neuenburger Regierungsrat gewählt worden war, trat er als Nationalrat zurück.¹

Föderativer Aufbau

Jurafrage

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 11.11.1994
HANS HIRTER

In der Jurafrage wurde im Berichtsjahr ein wichtiger Schritt zur Versachlichung der Auseinandersetzung eingeleitet. Unter dem Patronat des Bundesrats einigten sich die Regierungen der Kantone Bern und Jura, den Dialog zwischen Vertretern des Kantons Jura und des Berner Juras zu institutionalisieren. Dazu soll eine paritätisch zusammengesetzte und von einer vom Bundesrat bezeichneten neutralen Persönlichkeit präsidierte "Assemblée interjurassienne" geschaffen werden. Dieses Forum soll einerseits über die Zukunft der Region diskutieren und andererseits zuhanden der Kantonsregierungen Vorschläge für eine Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entwickeln. Die Entscheidungen dieses Rates müssen sich auf die mehrheitliche Zustimmung in beiden Delegationen stützen. Aus dem Bericht Widmer wurde also die Idee einer gemeinsamen Institution übernommen, nicht aber die Vorgabe, dass der Dialog zu einem Vorschlag für einen Anschluss der drei französischsprachigen Berner Bezirke an den Kanton Jura führen müsse. Beide Seiten hatten Konzessionen gemacht. Bern hatte der These zugestimmt, dass die sechs jurassischen Bezirke gemeinsame Interessen haben. Die jurassische Regierung anerkannte die Gültigkeit der bestehenden Kantons Grenzen und kündigte an, dass sie das Ausführungsgesetz zur Volksinitiative "Unir", welche den Kampf für eine Wiedervereinigung zu einem prioritären Staatsziel deklariert, zurückziehen werde.

Die Reaktionen fielen in der Presse sehr positiv aus. Weniger eindeutig war das Echo im Jura selbst. Im Berner Jura kritisierte zwar die SVP des Bezirks Moutier die Nachgiebigkeit der Berner Regierung und bemängelte vor allem, dass die bernische Delegation ohne Vertreter der Stadt Biel gebildet werden soll. Die SP und die FDP begrüsst hingegen das Abkommen ebenso wie ihre jurassischen Schwesterparteien und die berntreue "Force démocratique" (FD). Bei der CVP war die jurassische Sektion eher positiv, die bernjurassische zum Teil engagiert negativ eingestellt.

Auf Seite der Autonomisten verurteilte das "Mouvement autonomiste jurassien" (MAJ), die Nachfolgeorganisation der beiden jurassischen Autonomie-Bewegungen "Rassemblement jurassien" und "Unité jurassienne", die Vereinbarung mit scharfen Worten. Die jurassische Regierung wurde des Verrats bezichtigt, da sie den Berner Jura als nicht per se zum Kanton Jura gehörende Region anerkennen und damit das Ziel einer Wiedervereinigung preisgeben würde. Nach der Zustimmung des jurassischen Parlaments zum Abkommen passte sich das MAJ den neuen Gegebenheiten an - ohne allerdings seine Verratsvorwürfe an die Adresse der jurassischen Regierung

zurückzunehmen – und deklarierte, dass es sich in der nächsten Zeit für eine möglichst grosse Autonomie der bernjurassischen Bezirke innerhalb des Kantons Bern einsetzen werde. Diese Autonomie werde dann zwangsläufig zu einer "Befreiung des Südjasas" und einer Wiedervereinigung des gesamten jurassischen Volkes führen. Eine ähnliche Begründung führte der "Béliier" bereits in einer ersten Stellungnahme an: Er begrüßte das Abkommen und gab sich überzeugt, dass sich die Südjasassier in einem Dialog ohne die Anwesenheit deutschbernischer und Bieler Vertreter rasch von den Vorteilen eines Kantonswechsels überzeugen lassen würden. In späteren Äusserungen meldete auch der Béliier Vorbehalte an, allerdings ohne sich gegen die Einsetzung eines Diskussionsforums auszusprechen.

Die bernische Regierung hatte bereits beim Abschluss der Vereinbarung bekanntgegeben, dass die bernjurassische Delegation aus den 12 Kantonsparlamentariern der drei Bezirke Courtelary, Moutier und La Neuveville (darunter drei Autonomisten) gebildet werde. Der Berner Grosse Rat stimmte der Vereinbarung bei lediglich zwei Gegenstimmen aus dem Lager der Autonomisten zu. Die jurassische Regierung beschloss, das Abkommen angesichts seiner grossen politischen Bedeutung ebenfalls vom Parlament ratifizieren zu lassen. Dieses stimmte mit 47:4 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu; auf eine Forderung des MAJ nach einer kantonalen Volksabstimmung trat es nicht ein, und das MAJ verzichtete auch auf die Lancierung eines Referendums.

Die **eröffnende Sitzung der "Assemblée interjurassienne"** fand am 11. November in Moutier (BE) statt; der Bundesrat hatte mit dem Einverständnis der Kantone Bern und Jura alt Bundesrat Felber zum Vorsitzenden ernannt. ²

Aussenpolitik

Aussenpolitik

Déjà amorcée sous l'égide de René Felber, la **restructuration du Département fédéral des affaires étrangères** (DFAE) a reçu, en décembre, l'aval du gouvernement. Le renforcement du rôle du secrétaire d'Etat et la disparition de deux directions sur les cinq jusqu'alors en place sont les innovations les plus marquantes de cette réforme. Dès lors, la Direction politique, mais aussi celles du droit international public et de la coopération au développement sont directement placées sous les ordres du secrétaire d'Etat. La Direction administrative et du service extérieur est, quant à elle, supprimée, à l'instar de la Direction des organisations internationales (DOI) dont les activités seront désormais reprises par la Direction politique. La création de la Division politique des droits de l'homme et de la politique humanitaire constitue également une nouveauté, tout comme l'intégration de la coopération avec l'Europe de l'Est à la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire (DDA). Au niveau de la structure de direction enfin, un secrétariat général s'occupera désormais de toutes les questions administratives et de la logistique. Une séparation nette est ainsi introduite entre le domaine politique, du ressort du secrétaire d'Etat, et le domaine administratif qui relèvera de la compétence du nouveau secrétaire général. Le chef du DFAE a déclaré que les réformes au sein de son département avaient été dictées par le souci de rendre plus claires et plus flexibles les structures du DFAE. L'entrée en vigueur de cette réorganisation a été fixée au 1er janvier 1995. ³

Beziehungen zur EU

Un mois plus tôt, plus de septante personnes avaient lancé un **manifeste pour l'ouverture de négociations d'adhésion en 2004**. Aux côtés d'anciens conseillers fédéraux (René Felber, Ruth Dreifuss), se trouvaient des personnes issues des milieux artistiques, scientifiques ou encore économiques. Le texte fustigeait la « marginalisation rampante » de la Suisse. Cette initiative était parrainée par le Nouveau Mouvement Européen Suisse (NOMES). ⁴

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
DATUM: 05.12.1994
LIONEL EPERON

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
DATUM: 26.11.2003
ROMAIN CLIVAZ

Beziehungen zu internationalen Organisationen

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

DATUM: 17.02.1994
LIONEL EPERON

Face aux différentes incertitudes quant au devenir de la Genève internationale, la Fondation "**Un avenir pour Genève**" a été officiellement créée au mois de février. Sous la présidence de l'ancien directeur général du GATT Arthur Dunkel et de la vice-présidence de René Felber et Dominique Föllmi, cette institution de droit privé et de caractère apolitique a pour but de promouvoir la ville dans sa dimension internationale.⁵

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

DATUM: 19.10.1994
LIONEL EPERON

Répondant à une demande de l'ONU, le brigadier **Peter Arbenz** a été nommé inspecteur général des Forces de protection des Nations Unies en ex-Yougoslavie (FORPRONU). Par ce mandat d'une durée de six mois, l'ancien directeur de l'Office fédéral des réfugiés a été chargé d'analyser le comportement de la troupe, la logistique et la coopération avec les organisations humanitaires. De retour en Suisse, Peter Arbenz a tiré un bilan positif de l'action menée par les Casques bleus de la FORPRONU. De son côté, l'ancien conseiller fédéral **René Felber** a également été mandaté par l'ONU pour enquêter sur les violations des droits de l'homme dans les territoires occupés depuis la signature des accords de paix entre Israël et l'OLP.⁶

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

DATUM: 04.02.1995
LIONEL EPERON

Mandaté en 1994 par la Commission des droits de l'homme de l'ONU en tant que rapporteur spécial dans les territoires occupés par Israël, **René Felber** a transmis aux Nations Unies un rapport dénonçant avec une extrême fermeté les violations commises par l'Etat hébreu avant de préconiser la suppression de son poste. Soutenant qu'il convenait davantage d'appuyer le processus de paix au Proche-Orient plutôt que de dénoncer les violations des droits de l'homme sur le plan juridique, l'ancien chef du DFAE a décidé de démissionner de cette fonction. L'attitude de l'ex-conseiller fédéral a été l'objet de vives critiques.⁷

Landesverteidigung

Militäreinsätze

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

DATUM: 31.03.1998
FRANÇOIS HUGUENET

Au début de l'année, **le Conseil fédéral a soumis un message aux chambres concernant la ratification de la Convention** du 18 septembre 1997 sur l'interdiction de l'emploi, du stockage, de la production et du transfert des mines antipersonnel et sur leur destruction, signée par la Suisse à Ottawa le 3 décembre 1997. On peut signaler qu'à l'instar d'autres moyens et petits Etats, la Suisse a eu un rôle particulièrement actif dans ce dossier. Quant aux dernières mines antipersonnel que possédaient l'armée suisse, elles ont été détruites un jour avant la signature de la Convention. Dans le même message, le Conseil fédéral a proposé une modification de la loi révisée sur le matériel de guerre et une autre de la loi sur l'armée, rendues nécessaires par la signature. La première visait à adapter la définition des mines antipersonnelles à celle du texte de la convention et la seconde à fournir une base légale au Conseil fédéral pour pouvoir mettre sur pieds le Centre international de Genève pour le déminage humanitaire. Le parlement a accepté la ratification sans opposition ainsi que les deux modifications législatives y relatives. C'est l'ancien conseiller fédéral René Felber qui a été nommé à la présidence du conseil de fondation du centre de déminage. CHF cinq millions et demi fournis d'ici à 2001 par le DDPS financeront cet organisme qui a été inauguré en janvier 1999.⁸

BUNDESRATSGESCHÄFT

DATUM: 21.12.1999
FRANÇOIS HUGUENET

Le traité d'Ottawa interdisant les mines antipersonnelles **est entré en vigueur** au mois de mars. Ce texte a été signé par 132 pays et déjà ratifié par 65, dont la Suisse. Il prohibe l'emploi, le stockage, la production et le transfert de ces armes. Le Conseil national a transmis un postulat Meyer (ps, BL) (Po. 97.3579) invitant le Conseil fédéral à examiner une mise en service accélérée et l'élargissement des activités du nouveau Centre international de déminage humanitaire (CIDH). Cosigné par 45 députés, ce texte insiste sur la nécessité de ne pas soutenir uniquement le travail des Nations Unies dans le domaine du déminage humanitaire, mais également de favoriser l'application rapide de la Convention d'Ottawa et de participer au travail concret sur le terrain. Dès le début de l'année 2000, le président du CICR, Cornelio Sommaruga, remplacera l'ancien Conseiller fédéral René Felber à la tête du CIDH. Adolf Ogi a inauguré en octobre les nouveaux locaux du Centre de politique de sécurité (CPS) et du centre international de

déminage humanitaire (CIDH).⁹

Bildung, Kultur und Medien

Kultur, Sprache, Kirchen

Kulturpolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 16.12.1995
MARIANNE BENTELI

Das **Bourbaki-Panorama** in Luzern, welches die wohl grösste humanitäre Aktion der Schweizer Geschichte dokumentiert, muss dringend restauriert werden. Die Stadt **Luzern** wird dem Souverän 1996 für die Renovation des Gebäudes einen Investitionskredit von rund CHF 21 Mio. vorlegen. Für die Restauration des eigentlichen Bildes, welches 1876 vom Genfer Maler Edouard Castres gemalt wurde, und das zu den Hauptwerken der Schweizer Malerei im 19. Jahrhundert zählt, sind weitere CHF 5 Mio. nötig. Da nur gerade etwa die Hälfte über Subventionen gedeckt sein dürfte, will ein Patronatskomitee unter der Leitung von alt Bundesrat René Felber die fehlende Summe über Sponsoren, Kantone, Gemeinden und Stiftungen aufbringen. In Les Verrières im Neuenburger Jura, wo 1871 der französische General Bourbaki mit seiner geschlagenen Armee die Schweizer Grenze überschritt, wurde Ende Oktober eine entsprechende nationale Sammelaktion gestartet.¹⁰

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

PARTEICHRONIK

DATUM: 02.11.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Bundesratsersatzwahl für René Felber bot erneut Anlass zu Diskussionen über das Verbleiben der SP in der Regierung resp. über die **Möglichkeit, in die Opposition zu gehen**. Nachdem die Parteileitung angekündigt hatte, für den Fall einer Nicht-Wahl von Bundesratskandidatin Brunner (GE) **keine Krisenszenarien** öffentlich zu diskutieren, unternahmen verschiedene Partei-Exponenten dennoch entsprechende Schritte. Die Nichtwahl Brunners hatte bei der SP im übrigen einen starken Zuwachs an Partei-Mitgliedschaftsgesuchen zur Folge. In Anlehnung an den ausserordentlichen Parteitag, welcher 1984 nach der Nicht-Wahl Lilian Uchtenhagens als Bundesrätin durchgeführt worden war, plante die Parteileitung nach dem Scheitern Brunners erneut einen derartigen Parteitag zum Thema der Regierungsbeteiligung. Da sich die Begeisterung für das Thema nach der Bundesratsersatzwahl relativ rasch legte, kam gegen Ende des Berichtsjahres nur eine kleinere Tagung zu diesem Thema zustande, an welcher sich eine Mehrzahl der Beteiligten für das Verbleiben in der Regierung aussprach.¹¹

1) Medienmitteilung BR vom 19.10.20; TA, 19.10.20; WW, 22.10.20

2) A. Koller (1994) Documenta ; NQ, 18.8.94; QJ, 21.4.94; 24.6.94; 9.11.94.; 8.10.94 ; 9.4.94; 19.4.94; 21.4.94; 26.5.94; 5.5.94; 17.5.94; 26.5.94; 25.5.94; JdG, 17.10.94, 20.10.93; 22.10.94.; BZ, 26.5.94.; Presse vom 9.6.94.; 26.3.94; 11.11.94; 12.11.94.

3) 24 Heures, 26.11.94; NZZ, 29.11.94; presse du 3.12.94; NQ, 5.12.94.

4) Presse du 26.11.03.

5) Presse du 17.2.94.

6) Presse des 24.3, 15.10 (Arbenz) et 19.10.94 (Felber).

7) NQ, 1.2 et 2.2.95; presse du 4.2.95.

8) BO CE, 1998, p. 194 ss.; BO CE, 1998, p. 462; BO CN, 1998, p. 370 ss.; BO CN, 1998, p. 808 s.; FF, 1998, I, p. 537; FF, 1998, II, p. 1158; NZZ, 27.1.98.

9) BO CN, 1999, p. 508 s.; TG, 2.3 et 21.12.99.

10) LNN, 18.2., 22.6., 24.6., 15.11., 30.11., 14.12. und 15.12.95; BaZ, 16.12.95; Presse vom 24.10.95

11) Degen (1993). Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten; WoZ vom 19.2.93; TA vom 20.2.93; SP-Pressedienst vom 23.2. und 16.3.93; BZ vom 4.3. und 5.3.93; Ww vom 11.3.93; Bund und LM vom 13.3.93; Presse vom 1.11.93; SGT vom 2.11.93